

Nr. 19/1252

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/2019 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten
Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018
(Drucksache [19/1859](#))
2. Personalsituation an Grundschulen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Februar 2019
(Drucksache [19/2026](#))

Nr. 19/1253

Wahl einer Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt zur Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft die Abgeordnete Antje Grotheer (SPD).

Nr. 19/1254

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP:
„Justiz am Limit – endlich ausreichend Personal für die Staatsanwaltschaft!“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE:
„Lohndiskriminierung endlich beenden – Equal Pay durchsetzen“;
3. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
„Klimakrise: Die Schülerinnen und Schüler haben's verstanden – konsequenter Klimaschutz jetzt!“
und
4. auf Antrag der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Scholz-Pläne stoppen – Bund muss weiter Verantwortung für Flüchtlinge übernehmen“.

Nr. 19/1255

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 26. März 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung
Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/2052](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
2. Gesetz zur Anpassung des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes (Bremisches Archivgesetz - BremArchivG)
Mitteilung des Senats vom 26. Februar 2019
(Drucksache [19/2063](#))
 1. Lesung
 2. LesungDie Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
3. Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz
Mitteilung des Senats vom 12. März 2019
(Drucksache [19/2099](#))
 1. Lesung
 2. LesungDie Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
4. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 36
vom 15. März 2019
(Drucksache [19/2076](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 19. März 2019
(Drucksache [19/2103](#))
 1. Lesung
 2. LesungDie Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
6. Gesetz zur Ausführung des Pflegeberufgesetzes, der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung und der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung
Mitteilung des Senats vom 19. März 2019
(Drucksache [19/2104](#))
 1. Lesung
 2. LesungDie Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/1256

Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzausweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
vom 18. August 2018
(Drucksache [19/1188](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.

Nr. 19/1257

Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzausweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses
vom 15. November 2018
(Drucksache [19/1918](#))

Der staatliche Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig, den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses beizutreten.

Der staatliche Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig den Senat aufzufordern, die Empfehlungen des Rechnungshofs und der Gemeindeprüfung wie in Nummer III Absatz 3 beschrieben, umzusetzen und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss jährlich über den Sachstand zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 19/1258

Gesetz über Finanzausweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2034](#))

1. Lesung
(2. Lesung)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den vorgenommenen Änderungen aus der Drucksache [19/2121](#) in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/1259

Gesetz über Finanzausweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Drs. [19/2034](#)) und gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzausweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben (Drs. [19/1188](#) und [19/1918](#))

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 26. März 2019
(Drucksache [19/2121](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss jährlich, erstmals im 1. Quartal 2021, über die Erfahrungen bei der Anwendung des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven sowie zum Stand der notwendigen Trennung der Haushalte der Stadt Bremen und des Landes Bremen im Bildungsbereich und im Vermessungs- und Katasterwesen sowie zur Schaffung einer gesetzlichen Erstattungsgrundlage für wahrgenommene Landesaufgaben in den Bereichen Schulaufsicht und Vermessungs- beziehungsweise Katasterwesen zu berichten.

Nr. 19/1260

Die B 212n gemeinsam mit Niedersachsen planen und realisieren

Antrag der Fraktion der CDU vom 12. Dezember 2018
(Drucksache [19/1966](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1261

Digitalisierung der bremischen Schulen nicht im Sande verlaufen lassen – Lernmanagementsystem „itslearning“ endlich flächendeckend nutzen!

Antrag der Fraktion der FDP vom 19. Oktober 2018
(Drucksache [19/1867](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1262

Digitale Mündigkeit und digitale Kompetenzen bei der Umsetzung des DigitalPakts verwirklichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP vom 21. März 2019
(Neufassung der Drucksache [19/1954](#) vom 11. Dezember 2018)
(Drucksache [19/2111](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis April 2019 ein Konzept zur Umsetzung des DigitalPakts unter Einbezug der oben genannten Ziele vorzulegen, welches darüber Auskunft gibt, wie die in Aussicht gestellten finanziellen Mittel der Bundesregierung aus dem „DigitalPakt Schule“ und wie die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ vom Senat dazu genutzt und umgesetzt werden sollen, um die Digitalisierung der Schulen in Bremen und Bremerhaven sowie die dazugehörige Qualifizierung von Lehrkräften als ständigen Prozess zu befördern und entscheidend zu verbessern;
2. bis April 2019 ein Konzept zur Umsetzung für die curriculare Umsetzung des KMK-Kompetenzmodells unter anderem zur Vermittlung von Medienmündigkeit von Schülerinnen und Schülern sowie Schulen im digitalen Zeitalter vorzulegen;
3. bis zum Beginn des Schuljahres 2019/2020 Fortbildungen und Unterrichtseinheiten zu entwickeln, die folgende Vermittlungsschwerpunkte enthalten sollen:
 - 3.1 Kenntnisse über die Zuordnung und Belastbarkeit digitaler Quellen, Methoden der Überprüfung von deren Inhalten (unter anderem durch Methoden zum Erkennen von sogenannten Fake News),
 - 3.2 Kenntnisse über die Strukturen der digitalen Wirtschaft, ihres weltweiten Einflusses, ihrer Rolle beim Entstehen und der Verbreitung von Informationen, Nachrichten, Trends et cetera,
 - 3.3 Kenntnisse über das Konzept der informationellen Selbstbestimmung und die Rolle der kommerziellen Verwertung persönlicher Daten durch Internetanbieter, Plattformen und verschiedene Formate der digitalen Wirtschaft sowie
 - 3.4 Kenntnisse über die Rolle von direkter und indirekter Werbung in unterschiedlichen Formaten der digitalen Wirtschaft,
 - 3.5 inwiefern außerschulische Akteure (zum Beispiel Stiftungen, Wirtschaft) den Prozess durch Ressourcen, „Know-how“, Erfahrungen und Ideen bereichern können und sollen,
 - 3.6 welche Veränderungen und Ergänzungen dabei der „Lernort Schule“ und der „Arbeitsplatz Klassenzimmer“ erfahren sollen, inwieweit „virtuelle Lernorte“ schulisches Lernen bereichern können und sollen und welche Modellversuche möglichst schnell und über alle auf den Weg gebracht werden können, um schulische „Leuchttürme“ und „Modellklassen“ im Feld der Digitalisierung zu ermöglichen,
 - 3.7 welche Änderungen sich durch die Digitalisierung für Schulsekretariate und -verwaltungen der unterschiedlichen Schulformen und -stufen ergeben und durch welche Schritte und Maßnahmen diese gegebenenfalls umgesetzt werden sollen sowie
 - 3.8 welche Änderungsbedarfe sich aus Sicht des Senats ergeben im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung für die Ausstattung der unterschiedlichen Schulformen und -stufen mit digitaler Infrastruktur, Hard- und Software und gegebenenfalls zusätzlich erforderlichem Personal (zum Beispiel Systemadministratoren), durch welche Schritte und Maßnahmen diese gegebenenfalls umgesetzt werden sollen sowie welche etwaigen Mittelbedarfe hiermit verbunden sind?
4. den Einkauf von digitalen Services in beiden Stadtgemeinden mit den Schulen und Fachkräften kooperativ zu gestalten, um sicherzustellen, dass Schulen weiterhin uneingeschränkt ihre jeweiligen pädagogisch-didaktischen Konzepte realisieren können;

5. darzulegen, wie sichergestellt werden kann, dass es zukünftig keine zusätzliche „digitale Ungerechtigkeit“ durch unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten zwischen Regionen oder Schulen gibt und wie sich die schulinterne und schulexterne Kommunikation (zum Beispiel auch zu Eltern, behördenintern, gegebenenfalls zu Betrieben oder auch in die Stadtteile) gestalten und verändern wird;
6. darzulegen, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine überregionale Zusammenarbeit und eine gegenseitige (auch länderübergreifende) Kooperation dauerhaft und möglichst effektiv sicherzustellen;
7. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung fortlaufend zu berichten wie sichergestellt wird, dass bei umfänglicher Digitalisierung der Schulabläufe schulinterne Daten im erforderlichen Umfang vor Verwendung durch externe Dritte geschützt und ihre Nutzung durch verbindliche schulinterne Verfahren geregelt werden.

Nr. 19/1263

Laptops für Lehrkräfte – Digitalisierung beginnt im Lehrerzimmer

Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Februar 2019
(Drucksache [19/2060](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1264

DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 – Verwaltungsvereinbarung von Bund und Ländern

Mitteilung des Senats vom 26. März 2019
(Drucksache [19/2124](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.